

STUTTGARTER ZEITUNG



Foto: AFP/Georg Hochmuth. Montage: Kaszkowski

Künstlerinnen und ihre Nähe zu Russland

Wie viel Kritik ist genug?

Zwischen Gewissensfragen und öffentlichem Druck: Der Krieg stellt Künstler wie Anna Netrebko oder Teodor Currentzis vom SWR-Symphonieorchester vor existenzielle Entscheidungen. **Seite 24**

Es ist Zeit umzusteuern



Auch im Land decken die Folgen des Ukrainekriegs etliche lange ignorierte Schwächen auf.

Von Reiner Ruf

Der Krieg in der Ukraine drückt aufs Gemüt. Vom Aufstehen bis zum Schlafengehen begleitet uns die Frage, wo dieser Konflikt noch hinführen wird. Der Vernichtungskrieg ist zurück in Europa; der Himmel hat sich verdüstert. Manche Aufgaben ließen sich leichter lösen, wenn die Landespolitik in der Vergangenheit weit-sichtiger und weniger bräsig agiert hätte. Ministerpräsident Winfried Kretschmann wird in seiner Regierungserklärung an diesem Mittwoch einiges zu erklären haben.

Da ist zum Beispiel die Frage, wo die vor dem Krieg Geflüchteten in Baden-Württemberg untergebracht werden können. Ein Mangel an bezahlbarer Häuslichkeit ist in weiten Teilen des Landes schon lange bittere Realität. Ihr kann nur entgehen, wer erbt. Eine Partei, die wie die Grünen seit mehr als einem Jahrzehnt die Regierung führt, muss sich diesem Scheitern stellen. Sicher, das Elend führt in CDU-FDP-Zeiten zurück – der Markt werde es richten, hieß es damals. Doch in den vergangenen Jahren erschöpften sich auch Grüne und CDU im Streit über die Zahl von Radstellplätzen bei Neubauten, auch die SPD bekleckerte sich nicht mit Ruhm.

Die prekäre Versorgung mit Öko-Energie entwickelt sich zum Standortrisiko. Baden-Württemberg definiert sich als industrielle Herzkammer Deutschlands. Es muss zu denken geben, dass große Neuansiedlungen wie Tesla in Brandenburg oder jetzt Intel in Sachsen-Anhalt am Südwesten vorbeigingen. Das mag vielerlei Gründe haben, die Verfügbarkeit sauberer Energie aber ist das Fundament jeder modernen Industriepolitik. In der Landespolitik gibt es immer noch Kräfte – allen voran die FDP –, die aus billigem Populismus die heimische Windkraft schlechtfreden. Da werden dann großartige Reden über Solarparks in Nordafrika gehalten – eine Region, die für ihre instabilen Verhältnisse bekannt ist. Die Folge: Das Land steht energiepolitisch nackt da. Das Hick-hack um die Stromtrassen aus dem Norden hat inzwischen so viele Folgen wie die Buchreihe über den venezianischen Commissario Brunetti. Ermattet will man ausrufen: Es reicht! Und die avisierte Wasserstofftrasse wird das Land erreichen, wenn der Westen der Republik lange versorgt ist.

Allerdings zeigt der BW-Check aus Allensbach: Das Momentum zum Ausbau der Erneuerbaren ist da, die Menschen ziehen mit. Leider haben sich die Grünen auch bei Wind und Sonne bisher nur rhetorisch als stark erwiesen; in der Praxis fummelten sie mehr herum, als dass sie gestaltet hätten. Jetzt sieht es jetzt so aus, als hofften sie, dass der Bund für sie die Kohlen aus dem Feuer holt. Schon aus diesem Grund täte Kretschmann gut daran, seine von Rechthaberei durchzogenen Dauerpolemiken gegen die von den Grünen mitgestaltete Ampelpolitik in Berlin einzuschränken. Immerhin: Bei der jüngsten Pressekonferenz sprach er demütig davon, er wolle in Berlin „antichambrieren“, nachdem er zuvor noch einigermaßen großspurig kundgetan hatte, er müsse dort wohl „tough reingrätschen“.

Den Bus- und Bahnverkehr machte Kretschmann nie zur Chefsache, er konzentrierte sich in der Tradition seiner CDU-Vorgänger auf die Autokonzerne. Es mag ja auch sein, dass ihn mehr Mercedes-Fahrer wählen als Nutzer des ÖPNV. Damit korreliert der Befund des BW-Checks, dass die Umsteigebereitschaft auf öffentliche Verkehrsmittel selbst angesichts straff steigender Kraftstoffpreise gering ausfällt. Dabei wäre mehr Zuspruch für Bus und Bahn ein Beitrag für mehr Energiesouveränität des Landes. Aber noch glimmt in den Menschen die Hoffnung, dass alles wieder so wird wie früher. Ob das gut wäre, steht auf einem anderen Blatt.

Tagesthema

Wie ukrainische Kinder in den Schulen des Landes lernen **Seite 2**

Die Dritte Seite

Botschafter Melnyk attackiert Präsident Steinmeier **Seite 3**

Wirtschaft

Welche Versicherungen braucht ein Arbeitnehmer? **Seite 12**

EU für Embargo von russischer Kohle

BRÜSEL/MOSKAU. Nach den Kriegsverbrechen von Botschafter Melnyk hat die EU-Kommission einen Vorschlag für ein umfangreiches Paket mit neuen Russland-Sanktionen vorgestellt. Es beinhaltet nach Angaben von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen unter anderem ein Importverbot für Kohle aus Russland. Die Nato erwartet unterdessen in den kommenden Wochen eine verstärkte russische Offensive im Osten und im Süden der Ukraine. Russland werde versuchen, den gesamten Donbass einzunehmen und eine Landbrücke zur Halbinsel Krim zu schaffen, sagte Generalsekretär Jens Stoltenberg am Dienstag. Kremlchef Wladimir Putin hat mit Blick auf die Sanktionen des Westens vor einer Verstaatlichung russischen Vermögens im Ausland gewarnt. **dpa**
– EU will Importe verbieten **Seite 4**

Stimmung im Land ist auf dem Tiefpunkt

BaWü-Check Der Ukraine-Krieg nährt das Bewusstsein der Bürger und Bürgerinnen, dass sie bedrohlichen Zeiten entgegengehen.

Von Christian Gottschalk

An diesem Mittwoch wird Baden-Württembergs Ministerpräsident ein voraussichtlich recht trübes Bild der Zukunft zeichnen. Winfried Kretschmann macht die Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine zum Thema seiner Regierungserklärung. Dass er mit tiefgreifenden Auswirkungen und Wohlstandsverlusten im Südwesten rechnet, hat Kretschmann bereits durchblicken lassen. Er trifft damit die Stimmung der Menschen im Land. Die ist so schlecht wie schon lange nicht mehr. Das ist das Ergebnis des BaWü-Checks, einer repräsentativen, von baden-württembergischen Zeitungen getragenen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach. Demnach sieht nur noch knapp jeder vierte Baden-Württemberger den kommenden zwölf Monaten hoffnungsvoll entgegen. Die große Mehrheit ist hingegen tief besorgt. 33 Prozent schauen skeptisch nach vorne, 34 Prozent sogar mit ausgeprägten Befürchtungen für die nächsten Monate. Nie zuvor haben die Demoskopien solche Werte gemessen. Der Optimismus im Land ist so gering wie noch nie.

Konkret sorgen sich die Menschen unter anderem um die Sicherheit der Energieversorgung. Gestiegene Preise für Gas, Öl, Benzin oder Diesel haben das Bewusstsein ge-

nährt, dass der bisher gewohnte Wohlstand an seine Grenzen kommt. 87 Prozent geben an, dass die steigenden Energiepreise eine Belastung für sie sind. 69 Prozent haben eine klare Vorstellung darüber, was der Staat gegen die steigenden Preise unternehmen soll: Steuern senken, heißt es da. Beim Thema Umgang mit der Energie scheiden sich die Geister. Ein Tempolimit unterstützen 37 Prozent. 57 Prozent möchten Atomkraftwerke länger laufen lassen.

Messbar schwerer fällt es den Menschen, Bereiche zu benennen, in denen das Land sparen könnte. Am ehesten könnte dies bei Großprojekten geschehen, 56 Prozent sehen da Potenzial. 30 Prozent plädieren noch dafür, die Sportförderung im Land zu kürzen, 27 Prozent wollen Theater und Museen mit weniger Geld ausstatten. Bei Krankenhäusern und Schulen will kaum jemand den Rotstift ansetzen.

Deutlich positiver ist die Stimmung der Baden-Württemberger gegenüber den ukrainischen Flüchtlingen. 51 Prozent sagen, dass Deutschland so viele Flüchtlinge aufnehmen sollte wie möglich. 43 Prozent sprechen sich für eine Begrenzung aus. Lediglich sechs Prozent plädieren dafür, möglichst wenige oder gar keine Flüchtlinge aufzunehmen. Die Bereitschaft, Flüchtlinge bei sich aufzunehmen, ist hoch.

– Lieber Atomkraft als Tempolimit **Seite 7**



Andreas Schell wird Chef von EnBW

KARLSRUHE. Der Karlsruher Energiekonzern EnBW soll demnächst von dem bisherigen Chef des Großmotorenherstellers, Rolls-Royce Power Systems, geführt werden. Das verlautete am Dienstag aus Kreisen des EnBW-Aufsichtsrats. Der 52-jährige Manager folgt auf Frank Mastiaux, der den drittgrößten Versorger in Deutschland Ende September nach zehn Jahren wie schon angekündigt verlassen wird. Die EnBW hat im vergangenen Jahr einen Umsatz von knapp 32,15 Milliarden Euro und einen Betriebsgewinn (bereinigtes Ebitda) von 2,96 Milliarden Euro erzielt. **dpa**
– Der neue Chef vom Bodensee **Seite 11**

Luff



„... Wasser in die Suppe!“

Lucha wehrt sich

STUTTGART. Einen Rücktritts Antrag von SPD und FDP gegen den grünen Sozialminister hält Ministerpräsident Winfried Kretschmann für „völlig abwegig“. Das reicht Manfred Lucha zum Weitermachen. **Seite 8**

Waffenverbot in City

STUTTGART. Um Stuttgart sicherer zu machen, will die Stadt in bestimmten Bereichen Waffen verbieten. Dafür soll eine Zone in der Innenstadt eingerichtet werden, sagt Oberbürgermeister Frank Nopper. **Seite 17**

Corona: 7-Tage-Inzidenzen

Bestätigte Neuinfektionen je 100 000 Einwohner



Aktuelle Zahlen: stuttgarter-zeitung.de/coronadaten
Grafik: Krause
Quelle: RKI, Stand 5. April

Wetter Seite 18



Börse Seiten 14, 15

- Dax 14 424,36 Punkte (- 0,65 %)
- Dow Jones 34 641,31 Punkte (- 0,80 %)
- Euro 1,0969 Dollar (Vortag: 1,1005)

Ausführliches Inhaltsverzeichnis Seite 2

Trumps Wegbereiterin ist wieder da

Bevor Donald Trump auf die Bildfläche trat, gab es Sarah Palin. Als Vizepräsidentschaftskandidatin John McCains stahl sie dem Urgestein der Republikaner im Wahlkampf gegen Barack Obama 2008 die Show. Die frühere Gouverneurin von Alaska und Mutter von fünf Kindern machte mit ihren schrillen Auftritten den Rechtspopulismus hoffähig in der „Grand Old Party“. Sie zelebrierte ihre hinterwäldlerische Weltsicht als Tugend. Gefragt nach ihrer außenpolitischen Erfahrung sagte die Frau, die erst im Jahr 2007 ihren ersten Reisepass beantragt hatte, sie könne Russland von ihrem Haus aus sehen. Das Partei-Establishment war seinerzeit entsetzt über die Entscheidung McCains, der grellen Gouverneurin eine nationale Bühne aufzubauen. Statt ihn zu unterstützen, tat Palin das, was seit Highschool-Tagen in dem 8000-Seelen-Nest Wasilla ihr Markenzeichen war: Sie inszenierte sich selber.

Die Tabubrecherin Sarah Palin will ein Comeback in Washington.
Von Dieter Fuchs

Die Regelbrüche von „Mama Grizzly“ spiegeln sich bis in ihren Sprachgebrauch wider. Trumps Grammatik ist so eigen wie die seiner politischen Seelenverwandten. Und auch sonst hat der Ex-Präsident vieles mit Palin gemeinsam. Inklusiv Karriere als Reality-TV-Star. Kein Wunder, dass Trump zu den Ersten gehörten, die jetzt den Comeback-Versuch der über Jahre von der Bildfläche verschwundenen Wegbereiterin des Rechtspopulismus „total und komplett“ unterstützen. Überraschend hatte Palin ihren Hut für den Kongress in den Ring geworfen. Ob sie im November den einzigen Sitz Alaskas im Repräsentantenhaus gewinnen kann, ist nicht so sicher. Ihr abrupter Rücktritt aus dem Gouverneursamt, die Seifenoper um ihre Familie inklusive Scheidung, die peinlichen Auftritte in Hollywood und das zuletzt das Scheitern ihrer Klage gegen die „New York Times“ ließen ihre Beliebtheitswerte in den Keller fahren.

